Editorial

Autor(en): **Schmid, Walter**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **101 (2004)**

Heft 6

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

Von gesundem Urteilsvermögen, von Blockierung, von Vertrauensschwund war im Nachgang zur Volksabstimmung vom 16. Mai die Rede, dem denkwürdigen Urnengang, an dem das Volk ein dreifaches Nein zu Steuerpaket, Mehrwertssteuererhöhung und AHV Revision in die Urne gelegt hatte. Wie soll man das werten? Was bedeutet dieses Verdikt für die Sozialhilfe?

Zunächst werden Gemeinde- und Kantonsbehörden einmal aufatmen. Sie sind einstweilen von Steuerausfällen in Milliardenhöhe verschont geblieben. Diese hätten den ohnehin bestehenden finanziellen Druck auf die Sozialhilfe weiter erhöht. Da die konjunkturellen Aussichten aber nach wie vor wackelig und die Haushaltdefizite gross sind, werden wir allerdings auch nicht vor weiteren Sparpaketen verschont bleiben. Und die Sozialhilfe ist deswegen nicht aus dem Schneider.

Mit dem Nein zum Steuerpaket hat das Volk möglicherweise sagen wollen, dass in seinen Augen nicht alles, was den besser Verdienenden nützt, auch der Allgemeinheit frommt. Der Zusammenhang zwischen tiefer Fiskalquote und wirtschaftlichem Aufschwung wird nicht mehr überall einfach hingenommen. Schliesslich gibt es Länder mit höherer Steuerbelastungen, die aber mehr Wachstum aufweisen als die Schweiz. So könnte das Ergebnis als Manifestation eines Bürgersinns verstanden werden, der einen gewissen sozialen Ausgleich im Land für richtig hält.

Das Nein zur Mehrwertsteuer trifft vor allem die IV, welche nun weiter im Sumpf der Defizite zu versinken droht. Ohne die nötigen finanziellen Mittel wird die IV noch stärker unter Druck geraten. Die anstehende 5. IV Revision wird deshalb den Nachweis massiver Einsparungen erbringen müssen. Die Kürzung der Renten und die Erschwerung des Zugangs zur IV dürften die Folge sein und nicht ohne Konsequenzen für die Sozialhilfe bleiben. Wir werden jedenfalls die Vorlage genau auf diesen Aspekt hin anzuschauen haben. Wenn die Menschen, die nicht mehr zur Arbeit fähig sind, keine IV Rente mehr bekommen, kann man sich unschwer vorstellen, wer dann für sie aufzukommen hat.

Das Nein zur AHV Revision schliesslich ist ein Nein zum Abbau eines bewährten Sozialwerkes. Es ist wahrscheinlich auch eine Antwort auf die Verunsicherung der Alterssicherung. Debatten über das Rentenalter, Rentenklau und Sozialabbau, Rentenkürzungen und wenig durchsichtige Prämienerhöhungen bei den Pensionskassen sind kaum geeignet, die Bevölkerung auf die demografisch und finanzpolitisch erforderlichen Änderungen der Sozialversicherungen hinzuführen. Hier bräuchte es zu allererst das unzweideutige, grundsätzliche Bekenntnis, dass die soziale Sicherung nicht zur Disposition steht, wohl aber Rechte und Pflichte der einzelnen Bevölkerungsgruppen gegenüber den Sozialwerken überprüft werden sollen. Solange die Diskussion darüber aber blockiert bleibt und die langfristige Finanzierung der Sozialwerke vertagt wird, wächst der Preis, den eine nächste Generation dereinst zu zahlen haben wird. Wie lange diese dazu noch bereit sein wird, bleibt abzuwarten.

Walter Schmid, Präsident der Skos